



Deutsches Institut
für Menschenrechte



Broschüre in Leichter Sprache

Die UN-BRK im Saarland: Wie weiter nach der zweiten Staatenprüfung?

Achtet das Saarland genug auf die Rechte
von Menschen mit Behinderungen?

**Im Bildungs-Zentrum der Arbeitskammer des
Saarlandes in Kirkel,
am 29. November 2024**

Worum geht es?



Vor über 15 Jahren hat Deutschland einen Vertrag unterschrieben.

Der Vertrag heißt:

UN-Behinderten-Rechts-Konvention.

Die Abkürzung dafür ist: **UN-BRK.**

In diesem Heft schreiben wir: **UN-Vertrag.**

Im UN-Vertrag stehen die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Deutschland muss sich an den UN-Vertrag halten.

Auch das Saarland muss sich an den UN-Vertrag halten.



UN ist die Abkürzung für Vereinte Nationen.

Die Vereinten Nationen sind ein Zusammenschluss von vielen Ländern.

Die UN setzen sich zum Beispiel für die Menschenrechte ein.

Eine Arbeits-Gruppe von den UN prüft:

Hält Deutschland sich an den UN-Vertrag?

In diesem Heft schreiben wir: **UN-Arbeits-Gruppe.**

Die UN-Arbeits-Gruppe hat Deutschland im Jahr 2023 geprüft.

Die UN-Arbeits-Gruppe hat über die Prüfung einen Bericht geschrieben.

Der Bericht heißt: **Abschließende Bemerkungen**.

In dem Bericht steht:

Die Inklusion klappt noch **nicht** gut!

Deutschland muss viele Dinge besser machen.

Auch das Saarland muss viele Dinge besser machen.

Was muss das Saarland besser machen?

Wie geht es besser mit der Inklusion?

Darüber müssen viele Menschen zusammen reden.

Darum laden wir Sie zu einer Veranstaltung ein.

Wir sind:

- die **Monitoring-Stelle für den UN-Vertrag im Saarland**,
- das **Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit des Saarlandes**,
- die **Arbeitskammer des Saarlandes** und
- der **Verein Miteinander Leben Lernen**.

Auf der Veranstaltung reden wir mit Ihnen über mehr Inklusion in verschiedenen Bereichen.

Dafür machen wir neun Arbeitsgruppen.

Die Arbeitsgruppen heißen **Forum**.



Die Veranstaltung ist am Freitag,
29. November 2024,
von 9 bis 17 Uhr.
Es gibt Pausen.

Die Veranstaltung ist im
Bildungs-Zentrum der Arbeitskammer in Kirkel.

Sie können schon vor 9 Uhr
zum Veranstaltungs-Ort kommen.
Wir freuen uns auf Sie.

Haben Sie Fragen zu der Veranstaltung?
Dann fragen Sie uns unter [un-brk@institut-fuer-
menschenrechte.de](mailto:un-brk@institut-fuer-menschenrechte.de)

Inhalt

Worum geht es?	2
Inhalt	5
Die Abschließenden Bemerkungen 2023	6
Forum 1: Inklusive Bildung	10
Forum 2: Barrierefreie Mobilität	13
Forum 3: Barrierefreie Informations-Technik	15
Forum 4: Politische Partizipation	17
Forum 5: Barrierefreie Teilhabe am Sport	21
Forum 6: Inklusive Arbeit und Ausbildung	23
Forum 7: Selbstbestimmtes Wohnen	26
Forum 8: Reform des Saarländischen Behinderten- Gleichstellungs-Gesetzes	28
Forum 9: Inklusiver Katastrophenschutz	31
Über diesen Text	33

Die Abschließenden Bemerkungen 2023

Die UN-Arbeits-Gruppe hat geprüft:
Hält sich Deutschland an den UN-Vertrag?



In der UN-Arbeits-Gruppe sind 18 Experten.
Die meisten Experten sind
Menschen mit Behinderungen.
Über die Prüfung hat die UN-Arbeits-Gruppe
die Abschließenden Bemerkungen geschrieben.
Deutschland soll sich
an die Abschließenden Bemerkungen halten.



Die **Monitoring-Stelle für den UN-Vertrag
im Saarland** hat

die Abschließenden Bemerkungen gelesen.

Die **Monitoring-Stelle** sagt:

Das sind die besonders wichtigen Punkte
aus den Abschließenden Bemerkungen.

Alles gemeinsam machen können:

Der UN-Vertrag sagt:

Menschen mit Behinderungen sollen **nicht**
von Menschen ohne Behinderungen getrennt werden.

Das ist Inklusion.

Alles soll inklusiv werden.

Zum Beispiel:



- Kinder mit Behinderungen und Kinder ohne Behinderungen sollen auf die gleichen Schulen gehen.
- Alle Menschen dürfen aussuchen, wo sie arbeiten.
- Alle Menschen dürfen aussuchen, wo sie wohnen und wie sie wohnen.

Das ist noch **nicht** so.

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Die deutsche Regierung muss mehr für Inklusion tun!

Immer auch an Menschen mit Behinderungen denken:

Die Arbeits-Gruppe sagt:

Immer wenn man etwas macht, muss man auch an Menschen mit Behinderungen denken.



Zum Beispiel, wenn man eine Straße plant.

Die Straße muss auch für Menschen mit Behinderungen gut zu benutzen sein.

Darüber muss man von Anfang an nachdenken.

Mitmachen und mitreden:

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Menschen mit Behinderungen sollen immer mitreden, wenn es um den UN-Vertrag geht.

Menschen mit Behinderung haben das Recht dazu.
Dafür muss es feste Regeln geben.

Meistens dürfen Menschen mit Behinderungen
in der Politik **nicht** viel mitreden.

Der UN-Vertrag sagt aber:

Menschen mit Behinderungen müssen
immer mitreden!

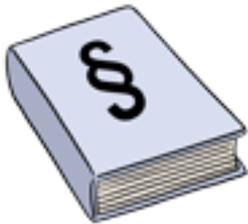


Gesetze prüfen:

Deutschland muss prüfen, ob die Gesetze
in Deutschland zum UN-Vertrag passen.

Gesetze von Deutschland müssen die Rechte
von Menschen mit Behinderungen beachten.

Das gilt auch für das Saarland
und die Gesetze im Saarland.



Über Behinderungen lernen:

Alle Menschen sollen etwas
über Behinderungen lernen.

Alle Menschen sollen vor allem lernen:

Menschen mit Behinderungen haben
die gleichen Rechte
wie Menschen ohne Behinderungen.



Private Anbieter verpflichten:

Auch private Anbieter sollen sich
an den UN-Vertrag halten.

Private Anbieter sind zum Beispiel:
Geschäfte und Arzt-Praxen.



Private Anbieter sollen zum Beispiel auf Barriere-Freiheit achten.

Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es hier:

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte_Sprache/DIMR_Bericht_ueber_die_Rechte_von_Menschen_mit_Behinderungen_2023.pdf

Forum 1: Inklusive Bildung

Darüber sprechen wir im Forum:



Es gibt ein Recht auf inklusives Lernen.

Inklusives Lernen bedeutet:

Kinder mit Behinderungen und Kinder ohne Behinderungen gehen auf die gleichen Schulen.

Deutschland muss dieses Recht beachten.

Also muss auch das Saarland dieses Recht beachten.

Im Saarland gibt es noch viele getrennte Schulen.

- Für Kinder mit Behinderungen.
- Für Kinder ohne Behinderungen.

Das ist **nicht** gut für die Inklusion.

Denn Inklusion heißt:

Alle Kinder sollen zusammen lernen.

Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:

- Viele Kinder besuchen Förder-Schulen.
Das trennt Kinder mit Behinderungen von Kindern ohne Behinderungen.
- Familien werden **nicht** gut unterstützt, wenn die Kinder auf eine Regel-Schule gehen.
- Inklusive Bildung wird **nicht** genug unterstützt.
- Viele Menschen denken schlecht über inklusive Bildung.
- Schulen sind **nicht** barrierefrei.
- Die Lehrkräfte sind **nicht** genug ausgebildet.

- Busse und Bahnen sind **nicht** barrierefrei.
Kinder kommen **nicht** barrierefrei in die Schule.

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:



Es muss ein Inklusions-Plan beschlossen werden.
Dabei sollen auch Schüler und Schülerinnen mit Behinderungen, ihre Familien und ihre Organisationen mitmachen.

Im Inklusions-Plan muss stehen:

- Alle Kinder sollen zusammen lernen.
- Das Saarland stellt mehr Lehrer und Lehrerinnen ein.
- Es gibt Fortbildungen für die Lehrer und Lehrerinnen.
- Im Unterricht arbeiten Lehrer und andere Fachleute zusammen.
- Auch geflüchtete Kinder mit Behinderungen dürfen in die Schule gehen.

Kinder mit Behinderungen sollen in der Schule **nicht** benachteiligt werden.

Deshalb muss im Schulgesetz stehen:

Kinder mit und ohne Behinderungen lernen zusammen.

Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es hier:

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/schule-fuer-alle>

Forum 2: Barrierefreie Mobilität

Mobilität bedeutet: sich frei bewegen können.

Oder: überall hinkommen können.

Darüber sprechen wir im Forum:

Menschen mit Behinderungen sollen sich genauso frei bewegen können wie andere Menschen.

Das ist wichtig.

Das Recht auf Mobilität steht im UN-Vertrag.

Das Saarland muss den UN-Vertrag beachten.

Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:

Es gibt viele Hindernisse

für Menschen mit Behinderungen.

Busse und Bahnen sind **nicht** barrierefrei.

Es ist schwierig, Hilfe zu bekommen.

Auf dem Land können Menschen mit Behinderungen besonders schlecht mit Bus und Bahn fahren.

Fahrpläne und andere Informationen

über Busse und Bahnen sind oft **nicht** barrierefrei.



Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Menschen mit Behinderungen sollen

Busse und Bahnen genauso benutzen können wie andere Menschen.

Das Saarland soll Busse und Bahnen schnell barrierefrei machen.

Menschen mit Behinderungen sollen gefragt werden, was für barrierefreie Mobilität gemacht werden muss.

Menschen mit Behinderungen sollen einfach und schnell Hilfsmittel für die Mobilität bekommen.

Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es hier:

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte_Sprache/Bericht_in_Leichter_Sprache_Unterwegs_in_Berlin_bf.pdf

Forum 3: Barrierefreie Informations-Technik

Mit Informations-Technik meinen wir
Computer und Internet.

Darüber sprechen wir im Forum:

Menschen mit Behinderungen sollen das Internet
genauso benutzen können wie andere Menschen.
Das ist wichtig.

Das Recht auf barrierefreie Information
steht im UN-Vertrag.

Das Saarland muss den UN-Vertrag beachten.



Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:

Viele Informationen stehen im Internet.

Zum Beispiel Informationen über die Politik
oder Informationen über Rechte und Gesetze.

Aber: Das Internet ist **nicht** barrierefrei.

Deswegen haben Menschen mit Behinderungen
oft **keine** Informationen.

Es gibt Technik, die das Internet barrierefrei macht.

Das Saarland soll diese Technik benutzen.

Dann haben auch Menschen mit Behinderungen
alle Informationen.

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Das Saarland soll seine Internet-Seiten
barrierefrei machen.

Auch private Anbieter sollen ihre Internet-Seiten
barrierefrei machen.

**Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es
hier:**

[https://www.institut-fuer-
menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikatione
n/Leichte_Sprache/DIMR_Bericht_ueber_die_Rechte
_von_Menschen_mit_Behinderungen_2023.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte_Sprache/DIMR_Bericht_ueber_die_Rechte_von_Menschen_mit_Behinderungen_2023.pdf)

Forum 4: Politische Partizipation

Politische Partizipation bedeutet:

Mitreden und mitmachen in der Politik.

Darüber sprechen wir im Forum:

Menschen mit Behinderungen sollen in der Politik gut mitreden und mitentscheiden können.

Das ist wichtig.

Das Recht auf mitreden und mitentscheiden steht im UN-Vertrag.

Das Saarland muss den UN-Vertrag beachten.



Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:

Menschen mit Behinderungen dürfen **nicht** genug mitreden.

Es gibt **keine** klaren Regeln:

- Wann Menschen mit Behinderungen mitreden und mitentscheiden dürfen.
- Wie Menschen mit Behinderungen mitreden und mitentscheiden dürfen.

Menschen mit Behinderungen bekommen **nicht** genug Unterstützung, damit sie gut mitreden können.

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Selbst-Vertretungs-Organisationen stärken

In Selbst-Vertretungs-Organisationen setzen sich Menschen für ihre eigenen Rechte ein.

Eine Selbst-Vertretungs-Organisation ist zum Beispiel ein Blinden-Verband.

Selbst-Vertretungs-Organisationen von Menschen mit Behinderungen sollen stärker werden.

Sie sollen überall mitreden und mitbestimmen.

Vor wichtigen politischen Entscheidungen sollen die Selbst-Vertretungs-Organisationen die Meinung von Menschen mit Behinderungen vertreten.

Es gilt der Leitsatz:

Nichts über uns ohne uns.

Selbst-Vertretungs-Organisationen brauchen:

- Ausreichend Geld und Personal.
- Büros, in denen sie gut arbeiten können.
- Schulungen, damit sie sich mutig und stark für ihre Rechte einsetzen können.



Geld bezahlen

Menschen mit Behinderungen sollen Geld für ihre Arbeit bei der Beteiligung bekommen.

Im Saarland ist das noch **nicht** so.

Es soll dafür eine Regelung geben.

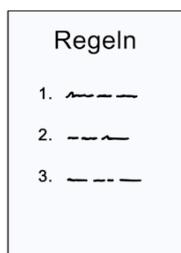


Bessere Regeln für Mitbestimmung

Echte Mitbestimmung bedeutet:

Das Wissen von Menschen mit Behinderungen wird bei politischen Entscheidungen beachtet.

Menschen mit Behinderungen können bei politischen Entscheidungen von Anfang an mitbestimmen.



Aber: Menschen mit Behinderungen werden oft **nicht** gefragt.

Es soll Regelungen dafür geben.



Mitbestimmung für alle

Mitbestimmung muss auch möglich sein für:

- Menschen mit seelischen Erkrankungen.
- Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.
- Kinder und Jugendliche mit Behinderungen.
- Geflüchtete Menschen mit Behinderungen.

So wird die Vielfalt von der Gesellschaft vertreten.

Interessen-Vertreter anhören

Menschen mit Behinderungen sollen für die Mitbestimmung ausreichend Zeit bekommen. Zum Beispiel zum Lesen von neuen Rechts-Texten. Dann können sie sich gut vorbereiten. Dann können sie gut mitbestimmen.



Für die Mitbestimmung müssen alle Texte und die Gespräche barrierefrei sein.

Zum Beispiel

- sollen Gespräche in Gebärdensprache übersetzt werden
- sollen Texte in Leichte Sprache übersetzt werden

Dann können alle Menschen gut mitbestimmen.

Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es hier:

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/mit-reden-in-berlin>

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/bezirks-beiraete-in-berlin>

Forum 5: Barrierefreie Teilhabe am Sport



Darüber sprechen wir im Forum:

Menschen mit Behinderungen sollen Sport machen können.

Und sie sollen beim Sport zuschauen können.

Das nennt man: Teilhabe am Sport.

Das Recht auf Teilhabe am Sport steht im UN-Vertrag.

Das Saarland muss den UN-Vertrag beachten.

Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:

Es gibt nur wenige Sport-Angebote für Menschen mit Behinderungen.

Es gibt nur wenige gemeinsame Sport-Angebote für Menschen mit und ohne Behinderungen.



Die meisten Orte sind **nicht** barrierefrei.

Zum Beispiel können Menschen mit Rollstuhl nur bei wenigen Sport-Veranstaltungen zuschauen.

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Menschen mit Behinderungen sollen genauso Sport machen und beim Sport zuschauen können wie andere Menschen.

Das Saarland soll seine Veranstaltungs-Orte barrierefrei machen.

Manche Menschen brauchen eine Assistenz,
um Sport zu machen.
Das Saarland soll für Assistenz beim Sport sorgen.

**Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es
hier:**

[https://www.institut-fuer-
menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikatione
n/Position12_Inklusion_durch_Sport_Leichte-
Sprache.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Position12_Inklusion_durch_Sport_Leichte-Sprache.pdf)

Forum 6: Inklusive Arbeit und Ausbildung

Darüber sprechen wir im Forum:

Im UN-Vertrag steht:

Alle Menschen haben das Recht auf Arbeit.

Menschen mit Behinderungen sollen auf dem **allgemeinen Arbeitsmarkt** arbeiten können.

Mit allgemeiner Arbeitsmarkt meint man Arbeitsplätze, die **nicht** in einer Werkstatt sind.



Das Saarland muss das Recht auf Arbeit beachten.

Dafür muss das Saarland vieles ändern.

Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:

- Viele Menschen mit Behinderungen sind arbeitslos.
- Viele Menschen mit Behinderungen arbeiten in besonderen Werkstätten.
- Es wechseln nur wenige Menschen von der Werkstatt in den allgemeinen Arbeitsmarkt.
- Es gibt zu wenig barrierefreie und inklusive Berufs-Ausbildungen.



Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Aktions-Plan

Menschen mit Behinderungen sollen von den Werkstätten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt wechseln. Dafür soll ein Plan gemacht werden. Bei dem Plan sollen Menschen mit Behinderungen mitmachen.



Mehr Barriere-Freiheit bei Arbeitsplätzen

Die Barriere-Freiheit bei Arbeitsplätzen muss besser werden.

Alle Menschen mit Behinderungen sollen in jedem Betrieb im Saarland arbeiten können. Auch wenn es **keine** Werkstatt ist.

Inklusive Berufs-Ausbildung

für alle jungen Menschen mit Behinderungen

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Die Berufs-Ausbildung muss anders werden.

Jetzt gibt es meist getrennte Ausbildungen:

- Ausbildungen für Menschen mit Behinderungen.
- Ausbildungen für Menschen ohne Behinderungen.

Im UN-Vertrag steht:

Es soll gemeinsame Ausbildungen geben.



Jugendliche mit Behinderungen
sollen ihren Beruf selbst bestimmen können.
Das ist ihr Recht.

**Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es
hier:**

[https://www.institut-fuer-
menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikatione
n/Leichte_Sprache/DIMR_Bessere_Arbeits-
Situation_fuer_Menschen_mit_Behinderungen.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte_Sprache/DIMR_Bessere_Arbeits-Situation_fuer_Menschen_mit_Behinderungen.pdf)

[https://www.institut-fuer-
menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikatione
n/Leichte_Sprache/Information_in_Leichter-Sprache-
Recht_auf_Arbeit_und_Beschaeftigung.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte_Sprache/Information_in_Leichter-Sprache-Recht_auf_Arbeit_und_Beschaeftigung.pdf)

[https://www.institut-fuer-
menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikatione
n/Position_15_Inklusiver_Arbeitsmarkt_Leichte_Sprac
he.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Position_15_Inklusiver_Arbeitsmarkt_Leichte_Sprache.pdf)

Forum 7: Selbstbestimmtes Wohnen

Darüber sprechen wir im Forum:



Menschen mit Behinderungen
sollen aussuchen können:

- Wo will ich wohnen?
- Mit wem will ich wohnen?

Das nennt man selbstbestimmtes Wohnen.

Das selbstbestimmte Wohnen steht im UN-Vertrag.

Das Saarland muss den UN-Vertrag beachten.

Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:



Viele Menschen mit Behinderungen
wohnen in Heimen.

Es gibt nur wenige gemeinsame Wohnungen
für Menschen mit und ohne Behinderungen.

Viele Menschen mit Behinderungen wohnen
abseits von anderen Menschen.

Die Politik macht sehr wenig dagegen.

Für Menschen mit Behinderungen ist es oft schwer,
auszusuchen: Wie will ich wohnen?

Zum Beispiel weil es nur sehr wenige
barrierefreie Wohnungen gibt.

Menschen mit Behinderungen werden **nicht** gefragt:

Was ist wichtig für Barrierefreiheit?

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Das Saarland soll einen Plan machen.

In dem Plan soll stehen:

- Menschen mit Behinderungen sollen **nicht** abseits wohnen.
- Menschen mit Behinderungen sollen **nicht** in Heimen wohnen.
- Ab wann Menschen mit Behinderungen im Saarland **nicht** mehr in Heimen wohnen.
- Was getan werden muss, damit Menschen mit Behinderungen **nicht** mehr abseits wohnen.

Das Saarland soll bestimmen:

Es darf nur barrierefrei gebaut werden.

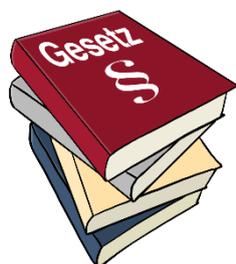
Alte Häuser sollen nach und nach barrierefrei gemacht werden.

Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es hier:

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte_Sprache/Information_in_Leichter_Sprache_Bessere_Wohn_Moeglichkeiten.pdf

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Information_Lebensfuehrung_leichte_Sprache_barrierefrei.pdf

Forum 8: Reform des Saarländischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes



Menschen mit Behinderungen sollen **nicht** schlechter behandelt werden als andere Menschen.

Das steht in einem Gesetz.

Das Gesetz heißt **Saarländisches Behinderten-Gleichstellungsgesetz**. Oder kurz: **SBGG**.

Darüber sprechen wir im Forum:

Menschen mit Behinderungen werden häufig schlechter behandelt als andere Menschen.

Zum Beispiel werden Wege **nicht** so gebaut, dass auch blinde Menschen sie nutzen können.

Deshalb soll das Behinderten-Gleichstellungsgesetz besser werden.

Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:

Alles, was die Politik macht, soll für alle Menschen sein.

Aber:

Menschen mit Behinderungen werden oft vergessen.

Viele Politiker denken:

Nur das **Sozial-Ministerium** muss an Menschen mit Behinderungen denken.

Weil das Sozial-Ministerium für viele Hilfen für Menschen mit Behinderungen zuständig ist.

Auch wenn die private Anbieter etwas planen,
werden Menschen mit Behinderungen vergessen.
Zum Beispiel: Cafés sind oft **nicht** barrierefrei.
Menschen mit Behinderungen können wenig
dagegen tun.

Menschen mit Behinderungen wissen,
was anders sein muss.

Aber:

Die Politik fragt Menschen mit Behinderungen selten.

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Alle Ministerien müssen

an Menschen mit Behinderungen denken.

Menschen mit Behinderungen sollen
bei politischen Entscheidungen
von Anfang an mitbestimmen.

Dafür soll es bessere Regeln geben.

Die Regeln sollen

im Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz stehen.

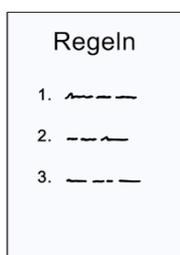
Alle Gesetze müssen den UN-Vertrag beachten.

Das Saarland soll das überprüfen.

Auch das soll im Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz
stehen.

Menschen mit Behinderungen sollen sich gut wehren
können, wenn sie schlecht behandelt werden.

Das soll im Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz
stehen.



Frauen mit Behinderungen sollen
besser geschützt werden.

Frauen mit Behinderungen sollen mitbestimmen.
Dabei soll das Saarland helfen.

Das soll im Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz
stehen.

**Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es
hier:**

[https://www.institut-fuer-
menschenrechte.de/publikationen/detail/gute-gesetze-
machen](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/gute-gesetze-machen)

Forum 9: Inklusiver Katastrophenschutz



Darüber sprechen wir im Forum:

Der UN-Vertrag sagt:

Menschen mit Behinderungen müssen bei Katastrophen und Notfällen gut geschützt sein.

Katastrophen und Notfälle sind zum Beispiel:

- Überschwemmungen
- Brände
- Erdbeben

Menschen mit Behinderungen sollen bei Katastrophen und Notfällen gut gerettet werden.

Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:

Der Klimawandel bedroht alle Menschen.

Hochwasser bedrohen alle Menschen.

Alle Menschen brauchen Schutz und Rettung in Not.

Menschen mit Behinderungen werden aber oft vergessen.

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Das Saarland soll einen Plan machen.

Im Plan soll stehen:

So können Menschen mit Behinderungen gut geschützt werden.

Und: So können Menschen mit Behinderungen gut gerettet werden.

Menschen mit Behinderungen sollen über den Plan mitbestimmen.

Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es hier:

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte_Sprache/DIMR_Bericht_ueber_die_Rechte_von_Menschen_mit_Behinderungen_2023.pdf

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte_Sprache/Position_in_Leichter_Sprache_Die_Corona_Pandemie.pdf

Über diesen Text

Wer hat diesen Text gemacht?

Der Text ist vom

Deutschen Institut für Menschen-Rechte

Das ist die Adresse vom Institut:

Zimmerstraße 26/27

10969 Berlin

Telefon: 030 25 93 59 0

E-Mail: info@institut-fuer-menschenrechte.de

www.institut-fuer-menschenrechte.de/leichte-sprache

Dr. Sören Zimmermann hat
den Text in schwerer Sprache geschrieben.
Er arbeitet beim Deutschen Institut
für Menschen-Rechte.

Die Agentur klar und deutlich hat den Text
in Leichte Sprache übersetzt.
Menschen mit Lern-Schwierigkeiten bei der Agentur
klar und deutlich haben den Text geprüft.

Wer hat die Bilder gemacht?

Die meisten Bilder sind von © Lebenshilfe für
Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V.
Illustrator: Stefan Albers

Die Bilder auf den Seiten 2, 3, 11, 15, 28 und 31
sowie das jeweils erste Bild auf den Seiten 26 und 29,

das zweite auf den Seiten 6 und 7 und das dritte Bild auf Seite 8 sind von: © Inga Kramer

Das ist ihre Internet-Seite: www.ingakramer.de

Mehr Infos

Der Text ist vom September 2024.

Den gesamten Text gibt es auch in schwerer Sprache.

Er heißt:

Die Umsetzung der UN-BRK im Saarland:

Wie weiter nach der zweiten Staatenprüfung?

Infos zu Rechten am Text stehen hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Diese Rechte nennt man auch: Lizenz

